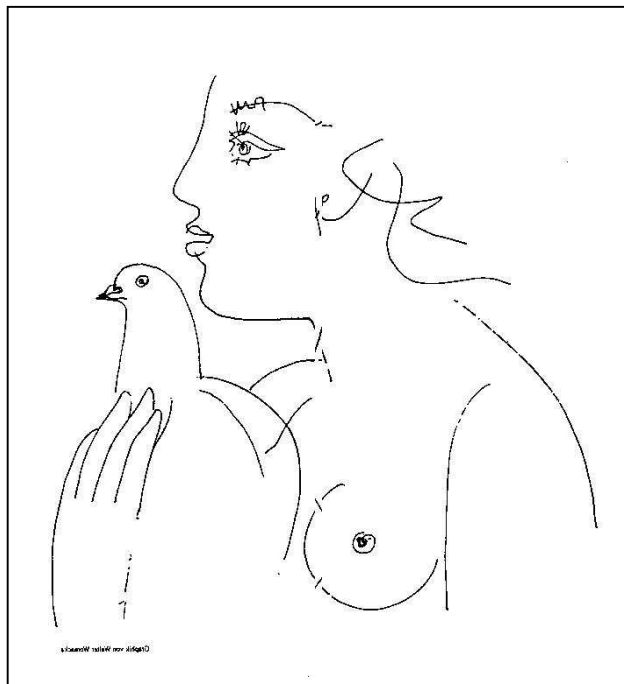


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 5



Das 2. Europäische Sozialforum in Paris

Für ein Europa des Rechts in einer Welt ohne Krieg

von

Hans-Peter Richter

(Teilnehmer am 2. Europäische Sozialforum in Paris)

EPILOG

von

Prof. G.Grasnick

Redaktionsschluss: 15.01.2004

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Vom 13. bis 16. November fand in Paris das 2. Europäische Sozialforum statt. Das Europäische Sozialforum wurde aufgrund der zwei vorangegangenen Weltsozialforen in Porto Alegre (Brasilien) ins Leben gerufen. Das Weltsozialforum ist die Antwort auf das Weltwirtschaftsforum, das viele Jahre in Davos stattfand. Auf dem Weltwirtschaftsforum trafen sich die wichtigsten Regierungschefs mit Führern der Wirtschaft und kungelten dort ihr neoliberales Wirtschaftssystem aus. Ab 1999 geriet diese Veranstaltung so in die Kritik, dass gegen das Treffen in Davos mehr und mehr protestiert und demonstriert wurde. Heute kann es in Davos deswegen nicht mehr stattfinden und wird von mal zu mal an andere mit vielen Sicherheitskräften gesicherte Orte verlagert.

Auch wird zunehmend gegen andere Institutionen, die dem imperialistischen Wirtschaftssystem dienen protestiert. Dazu gehört der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Auch gegen G8- und EU-Gipfel gab es Proteste. Die Stationen dieses Kampfes heißen Seattle, Genua und Florenz.

In Florenz fand im November 2002 das 1. Europäische Sozialforum statt. Dort wurde in aller Schärfe der Zusammenhang zwischen der neoliberalen Wirtschaftsordnung und Krieg deutlich gemacht. Deshalb wurde auch in Florenz bereits gegen den drohenden Irak-Krieg der USA demonstriert. Damals gingen 1 Million Menschen auf die Straße. Das war die Geburtsstunde einer neuen, großen Welt-Friedensbewegung. In Florenz wurde auch verabredet, dass es am 15. Februar 2003 einen weltweiten Aktionstag gegen den drohenden Irak-Krieg geben soll.

Es bildete sich ein globales Anti-Kriegs-Netzwerk. Die Koordinierungsgruppe des globalen Anti-Kriegs-Netzwerkes traf sich im Dezember 2002 in Kopenhagen, im März 2003 in London, im April 2003 in Berlin, im Mai 2003 in Evian und schließlich im November 2003 auf dem ESF in Paris.

Das Europäische Sozialforum (ESF) in Paris war ein Unternehmen der Superlative: 60.000 Teilnehmer, 55 Konferenzen, 271 Seminare und 300 Workshops fanden in den Stadtteilen St. Denis, Bobigny, Ivry und La Vilette statt. An allen diesen Orten gab es Zeltstädte, deren größte Zelte 2500 Besucher fassten. Es wurden auch Rathäuser, Universitäten und Schulen zur Verfügung gestellt. Daneben gab es jede Menge Informationsstände, Märkte mit ökologisch oder fair verhandelten Produkten.

Die Kosten in Höhe von 3,4 Mill. Euro trugen die Teilnehmer, hauptsächlich aber die kommunistisch regierten Stadtteile, aber auch die Stadt Paris als ganzes und die konservative Regierung. Selbst Premierminister Raffarin kam

nicht umhin, (ließ) in den Medien vernehmen zu lassen, er begrüße das Europäische Sozialforum (ESF) mit gutem Humor und Großzügigkeit. Die 900 Dolmetscher arbeiteten kostenlos. 1500 Organisationen waren an der Vorbereitung beteiligt. Schon für 3 Euro Teilnahmegebühr (normal 55 €), Busfahrtskosten von 55 Euro und Übernachtung umsonst in der Turnhalle war eine Teilnahme von Studenten aus Berlin möglich. Davon machten 300 Studenten aus Berlin Gebrauch. Insgesamt kamen 2000 deutsche Teilnehmer. Erstmals war auch deutsch Konferenzsprache.

Die Themen

Es ist unmöglich hier alle behandelten Themen zu benennen. Die Organisatoren hatten sich 5 thematische Achsen ausgedacht:

- 1) Gegen den Krieg, für ein Europa des Friedens und der Gerechtigkeit, weltoffen.
- 2) Gegen den Neoliberalismus, gegen das Patriarchat, für ein Europa der Rechte, der sozialen Sicherheit und der Demokratie.
- 3) Gegen die Logik des Profits, für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit.
- 4) Gegen den Prozess der Käuflichkeit, für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur, der Erziehung und Bildung.
- 5) Gegen den Rassismus, die Ausländerfeindlichkeit und den Ausschluss, für die Gleichheit der Rechte, den Dialog der Kulturen
Dabei spielte auch die Bewegung für die (illegalen) Einwanderer, die keine gültigen Papiere („sans papiers“) haben, eine wichtige Rolle.

Die Themen der 5 Achsen wurden an allen vier Standorten behandelt. Da diese teilweise weit auseinander in der Stadt verstreut lagen, war es sowohl zeitlich wie auch örtlich unmöglich an allen interessanten Veranstaltungen teilzunehmen. Es gab Konferenzen von den „lokalen Autoritäten“, den Frauen, den Anarchisten, dem Netz gegen Krieg, über Globalisierung und Krieg, über Antisemitismus, über das Problem Israel/Palästina, über die Verfassung für Europa und natürlich über die Auswirkungen des Neoliberalismus auf alle Gebiete des täglichen Lebens.

Die Europäische Verfassung

Immer wieder wurde die neue europäische Verfassung behandelt. Sie schreibt nicht nur die neoliberale Wirtschaftsordnung fest, in ihr ist auch eine Aufrüstungsverpflichtung enthalten ist, die verbindlich für alle zukünftigen EU-Staaten sein wird. Verankert ist darin auch, dass nur noch der

EU-Ministerrat über die EU-Militäreinsätze entscheiden darf. Das Inkrafttreten dieser Verfassung muss unbedingt verhindert werden. Dafür schlugen die Italiener einen europaweiten Aktionstag am 9.5.2004 in Rom vor. An diesem Tag sollte eigentlich die europäische Verfassung von den EU-Regierungschefs in Rom unterzeichnet werden. Es ist jedoch fraglich, ob die Unterzeichnung zustande kommt, weil es über die Frage der angemessenen Gewichtung einzelner Länderstimmen im Dezember zum Krach kam.

Irak-Tribunal

Die türkische Friedensbewegung ist der Motor für ein Irak-Tribunal. Am 24. und 25. Oktober gab es das erste Hearing in Istanbul. Weitere Hearings gab es inzwischen u.a. in München London und Brüssel. Nach dem Wunsch der türkischen Bewegung soll das Urteil im Jahre 2005 in Istanbul gesprochen werden. Mit dem türkischen Vorgehen sind jedoch einige Aktivisten aus anderen Ländern nicht einverstanden, weil die türkischen Aktivisten die Veranstaltungen hauptsächlich politisch ausgerichtet haben, weniger aber nach juristischen Gesichtspunkten. In dieser Beziehung war das Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien in Berlin, dass im Juni 2000 unter maßgeblicher Mitarbeit der GBM zustande kam, vorbildlich. Es arbeitete mit gerichtsfesten Tatsachen und Zeugenaussagen. Diesen Standard wollen Friedensaktivisten anderer europäischer Länder wieder erreichen. Zu diesem Zweck hat sich auch in Belgien ein Initiative gebildet. Belgische Ärzte waren im Irak vor Ort. (Weitere Informationen dazu im Internet unter www.brusselstribunal.org).

Außerdem gibt es den Wunsch, das Tribunal nicht in Istanbul stattfinden zu lassen, sondern eher in einem Täterland, also USA oder Großbritannien. Wie es weitergeht, wird beim Weltsozialforum in Mumbai entschieden. Dort treffen sich auch die Aktivisten, die inzwischen ein Afghanistan-Tribunal durchgeführt haben, u.a. in Tokio.

Die Frauen-Konferenz

Am 12. November gab es eine spezielle Frauenkonferenz, die ihre Ergebnisse in den folgenden Tagen in die Plenarversammlungen einbrachte, insbesondere die Rolle der Frauen bei der Konfliktlösung. Besonders interessant war ein Beitrag der WILPF-Frauen aus den Niederlanden, die berichteten, wie sie versucht haben, die Entstehung der neuen europäischen Verfassung zu beeinflussen.

Netzwerk gegen US-Militärstützpunkte

Innerhalb des globalen Anti-Kriegs-Netzwerkes bildete sich aufgrund einer Initiative aus den Philippinen ein weiteres Netzwerk, nämlich gegen US-Militärstützpunkte. Bislang gab es das nur als Email-Verteiler. In Paris gab es ein Seminar zu diesem Thema, das von der griechischen Friedensbewegung organisiert wurde.

Ohne Militärstützpunkte kann es keine globalen Kriege geben. Selbst die neue US-Wunderwaffe „Hypersonic Vehicle“, die im Jahre 2025 jeden Punkt der Erde in 2 Stunden erreichen können soll, wird nicht dazu führen, dass Militärstützpunkte aufgelöst werden. Auch am Irak-Krieg konnte man studieren, dass Militärstützpunkte dafür unerlässlich sind. Ca. 15% des Nachschubs erfolgten über US-Militärstützpunkte in Deutschland, nämlich über Ramstein (Transporter) und Spangdahlem (Bomber). Das größte Militärkrankenhaus in Europa ist in Landstuhl. In Griechenland sind hauptsächlich US-Marine-Verbände.

Das neue Netzwerk wächst beinahe täglich. Ein erstes großes Treffen wird es in Mumbai (Bombay) beim 3. Weltsozialforum im Januar 2004 geben.

Das deutsche Treffen

Im Rathaus von St. Denis trafen sich im prunkvollen Hochzeitssaal etwa 500 deutsche Teilnehmer. U.a. wurde besprochen, wie man dem sich in Gründung befindenden deutschen Sozialforum eine Struktur geben könnte. Dazu gab es mittlerweile mehrere Nachfolgetreffen in Frankfurt am Main.

Noch wichtiger jedoch war der Unmut über die sozialen Kürzungen und die Rolle der Gewerkschaften. Es waren zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte anwesend, die lautstark eine aktive Gewerkschaft forderten. Auch von Streik und Generalstreik wurde gesprochen. Von der IG-Metall war Horst Schmitthenner da, von ver.di Frank Bsirske. Die Gewerkschaftsspitzen waren ja bei der Mobilisierung zur Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1. 11. sehr zurückhaltend und trotzdem kamen 100.000 Demonstranten. Die wütenden Diskutanten sagten, sie würden auch ohne den Segen der Gewerkschaftsspitze aktiv. Schmitthenner und Bsirske versprachen bei der nächsten Großdemo gegen Sozialkürzungen zu mobilisieren, man müsse ihnen nur genügend Zeit geben, damit das durch alle Gremien gehen kann. Viel Zeit wollte ihnen aber kaum jemand einräumen, so aufgebracht waren die Diskutanten.

Die Demonstration

Am 15. 11. fand eine fünfstündige(!) Großdemonstration statt. In den Medien wurden lediglich 100.000 Teilnehmer gemeldet. Nach meiner Schätzung waren es viel mehr. Die Straßen waren wegen der vielen Teilnehmer blockiert. Der Demonstrationzug war mindestens 3,5 km lang. Die Demonstration war bunter, lauter, lustiger und kreativer als das, was man von Deutschland kennt. Sie erinnerte teilweise an den Berliner „Karneval der Kulturen“, ohne dass dadurch die politischen Forderungen zu kurz kamen. Die ganze thematische Bandbreite des Sozialforums fand sich auch auf den Transparenten wieder. Die Gewerkschaftsmitglieder liefen in Blocks alle in den Farben ihrer Gewerkschaft, was man so in Deutschland kaum sieht. Es gab viele Fahnen, Infostände, Straßentheater, Musikgruppen und Akrobaten.

Anders auch als in Deutschland gab es weder eine Auftakt- noch eine Schlusskundgebung. Konnte man sich nicht über eine Rednerliste einigen, oder wollte man Kosten für die Bühnen sparen, ich konnte es nicht ermitteln. Durch die fehlenden Kundgebungen fehlte doch etwas Schärfe und es war hauptsächlich ein heiterer Umzug. Das veranlasste die konservative Tageszeitung „Le Figaro“ am nächsten Tag sich hämisch darüber auszulassen, dass es eigentlich nicht klar wäre wofür oder wogegen die Demonstration gewesen sei.

Ergebnisse

Das wichtigste Ergebnis ist die Verabredung für einen weltweiten Aktionstag am 20. 3. 2004 gegen die Besetzung des Irak und gegen die Mauer zwischen Israel und Palästina. Am 20. März 2003 war der Beginn des Krieges gegen den Irak. Die US-Friedensbewegung hatte diesen Termin vorgeschlagen.

Auch gegen den Sozialabbau soll es einen europaweiten Aktionstag geben. Leider konnte man sich anfangs nicht auf einen gemeinsamen Termin, an dem gegen Krieg und Sozialabbau demonstriert wird, einigen. Das ist auch deswegen schade, weil ja gerade das Zusammengehen der sozialen-, der globalisierungskritischen- und der Friedensbewegung erst die großen Erfolge bei der Mobilisierung gebracht hat. Krieg und Sozialabbau sind jeweils eine Seite derselben Medaille.

Den Termin dafür zu bestimmen wollte man schließlich dem Europäischen Gewerkschaftsbund überlassen. Inzwischen wurde dafür der 2. und 3. April 2004 festgelegt.

Für folgende Termine/Konferenzen wurde mobilisiert:

- Kairo Konferenz am 14 - 15.12.2003: Die Kairo Konferenz war eine wichtige Gelegenheit zur Vernetzung mit Friedens- und Globalisierungskräften in Nahost.
- Münchener NATO-Sicherheitskonferenz vom 06. - 08.02.2004: Dort wird es wieder eine Großdemonstration geben.
- 15.02.2004: Am ersten Jahrestag der großen weltweiten Demo soll es lokale Veranstaltungen zum Thema Krieg und Besatzung geben.
- Europaweiter Protesttag am 30.03.2004: Gegen die Mauer zwischen Israel und Palästina.

In diesen Novembertagen herrschte überall in Paris Aufbruchstimmung. Die Parole „eine anderes Europa, eine andere Welt ist möglich!“ war Ansporn und Ziel zugleich.

Am 16. November 2003 wurde die Abschlusserklärung des Europäischen Sozialforums angenommen:

„Aufruf der Versammlung der sozialen Akteure und Bewegungen“

EPILOG Prof. G.Grasnick

Die welt- und die europäischen Sozialforen - sie sind echte Begegnungsstätten der globalisierungskritischen Weltbewegung geworden. Einer Bewegung, die sich dem "entfesselten Kapitalismus“ entgegenstellt, der in Gestalt der Transnationalen Konzerne und mit Hilfe internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO neoliberale Globalisierung praktiziert.

Diese Globalisierung bedeutet brutale Handelsliberalisierung, mit der die Öffnung der Märkte der armen Länder erzwungen, der Bankrott der einheimischen Industrie herbeigeführt, die Landwirtschaft dieser Länder niedergehalten, ein Billigstlohnterrain geschaffen und die Armut vertieft wird. Die Rekolonialisierung nimmt krasse Formen an.

Die globalisierungskritische Bewegung stellt sich dieser Entwicklung, sie stellt sich der Ausnutzung der in den armen Ländern zusätzlich geschaffenen Misere und der Globalisierung der Armut entgegen, mit deren Hilfe eine Billiglohnexportwirtschaft rund um den Erdball geschaffen wird, womit ganze Produktionszweige in den entwickelten kapitalistischen Ländern und damit auch Millionen und aber Millionen Arbeitskräfte überflüssig werden.

Die globalisierungskritische Bewegung verurteilt die Praxis, produzierte Massenarbeitslosigkeit in den Industrie- und in den Entwicklungsländern als Geißel einzusetzen, immer mehr Billiglohnjobs und -bereiche zu schaffen, Rechte der Beschäftigten abzubauen und die Reallöhne zu drücken. Diese Bewegung entwickelt Alternativen zu der mit der neoliberalen Globalisierung verbundenen fortschreitenden Privatisierung bisheriger sozialer Sicherungssysteme und kämpft gegen den rigoros betriebenen Sozialabbau.

Sie organisiert eindrucksvolle Aktionen gegen die von der Hegemoniemacht USA, wie auch von anderen führenden kapitalistischen Staaten betriebene forcierte Militarisierung der internationalen Beziehungen, die in einer Präventivkriegstrategie gipfelt und mit der die "Neuordnung der Welt", die Neuaufteilung der Einflusssphären, die Ausbeutung der Ressourcen abgesichert werden soll.

Die regionalen Foren - in Europa waren es bisher die in Florenz und in Paris - bieten eine öffentliche Tribüne, um die konkreten Folgen der neoliberalen Globalisierung, die imperialen Machtstrukturen der führenden kapitalistischen Länder und die Methoden ihrer Machtausübung zu analysieren. Um aus den gewonnenen Erkenntnissen Schlussfolgerungen für Schritte und Aktionen abzuleiten, die auf eine gerechte und friedliche, auf eine menschenwürdige und gleichberechtigte, eben auf eine andere Welt gerichtet sind.

Die Foren ermöglichen nicht zuletzt eine immer bessere und engere Vernetzung und Koordinierung der Bewegung.

Es liegt nahe, so die Erfahrungen und die Erfordernisse, auch auf nationaler Ebene die Möglichkeiten des Sozialforums zu nutzen.

Die sozialen Grausamkeiten, eingeleitet mit den von einer großen Parteienkoalition beschlossenen und am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesetzen und die neue Stufe der Militarisierung Europas anvisiert mit dem EU-Verfassungsentwurf, sind Anlass, die auf den europäischen Sozialforum in Paris verabredeten Vorbereitungen zu den weit- und europaweiten Aktionstagen im März, April und Mai 2004 zielstrebig auf den verschiedenen Ebenen und in allen teilnehmenden Organisationen in Angriff zu nehmen, um mit diesen Aktionen den Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung, also der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Nachdruck zu verleihen.

Die am 16. 11. 2003 angenommene **Abschlussklärung** (im Mittelblatt) kann für eigene Veröffentlichungen, Nachdrucke, Aushänge verwendet werden.